



## **Willy Brandt Lecture 2020**

### **Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime**

Beatrice Fihn, ICAN  
2. November 2020

Übersetzung: Ingrun Wenge

Es ist mir eine besondere Ehre, heute hier bei Ihnen zu Gast zu sein, und ich danke der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, dass sie dies möglich gemacht hat – zumal Willy Brandt und ICAN wichtige Gemeinsamkeiten haben: eine tiefe Besorgnis in Bezug auf Atomwaffen und die feste Überzeugung, dass wir dieser Bedrohung ein Ende setzen müssen. Und natürlich den Friedensnobelpreis.

Heute möchte ich über die Bedrohung durch Kernwaffen sprechen und deutlich machen, dass das Aushandeln von Verträgen und die multilaterale Zusammenarbeit sich maßgeblich auf das Handeln von Regierungen auswirken können – und dadurch letztlich beeinflussen, wie die Welt als Ganzes funktioniert.

Ich möchte die humanitären, die rationalen und die rechtlichen Argumente gegen Atomwaffen und für ein vertragliches Verbot beleuchten. So unterschiedlich die jeweiligen Gründe auch sein mögen, zögere ich doch, sie voneinander zu trennen. Denn das humanitäre Argument ist eine Quelle und wirkt auch als Verstärkung des rationalen und des rechtlichen Arguments. Das rechtliche Argument greift auf humanitäres Recht zurück, das wiederum in gemeinsamen moralischen und rationalen Werten verankert ist. Und das rationale Argument trägt aktiv zur rechtlichen Umsetzung und zu vernünftigen Entscheidungen bei, die in unserem höchsten moralischen und humanitären Gut verankert sind.

Zusammengenommen bildet dieses Geflecht von Argumenten eine kohärente, umfassende und einleuchtende Begründung für die notwendige Abschaffung von Atomwaffen.

#### **Das humanitäre Argument**

Unser Weg zum Verbotsvertrag begann dort, wo alle Diskurse zum Thema Atomwaffen zwangsläufig beginnen: bei den verheerenden, schier unvorstellbaren humanitären Folgen des Einsatzes nuklearer Waffen.

Die atomare Bedrohung fühlt sich für viele so überwältigend und die Zerstörung so allumfassend an, dass die breite Öffentlichkeit instinktiv dazu neigt, mit Verleugnung zu reagieren und in eine Art Angststarre zu verfallen.

Martin Luther King hat es eloquent auf den Punkt gebracht:

„Die Tatsache, dass die Menschen die Wahrheit über das Wesen und die Gefahr eines Atomkrieges die meiste Zeit aus ihren Hirnen verbannen, weil sie zu schmerzlich und somit nicht ‚zumutbar‘ ist, ändert das Wesen und die Gefahr eines solchen Krieges nicht.“

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir uns scheuen sollten, über die beispiellose Fähigkeit von Atomwaffen zu sprechen, Menschen unmittelbar und massenhaft zu töten. Selbst in einer relativ dünn besiedelten Region würde ein einziger nuklearer Sprengkopf zwischen 10.000 und 300.000 Todesopfer und Hunderttausende Verletzte fordern. Und im schlimmsten Fall die völlige Vernichtung bringen.

Aber genauso wenig dürfen wir die alptraumhafte Realität der zurückbleibenden Menschen ausblenden. Denn nicht alle sterben; es gibt immer auch jene, die mit den Folgen leben müssen.

Die unmittelbaren Auswirkungen einer Atomexplosion wären verheerend. All jene, die nicht im Feuer der Explosion selbst oder in den Tagen danach qualvoll sterben, können auf Jahre hinaus mit dem Tod rechnen – sei es durch Strahlenkrankheit, Krebserkrankungen, Umweltveränderungen oder Nahrungsmittelknappheit.

Neueren Klimamodellen zufolge würde ein räumlich relativ begrenzter atomarer Schlagabtausch zu einem zwei bis drei Jahre andauernden nuklearen Winter führen. Außer den nicht akzeptablen unmittelbaren Todesopfern des Atomwaffeneinsatzes würde die daraus resultierende Hungersnot weitere Millionen Menschenleben fordern. Unser Ernährungssystem würde kollabieren, und unsere Gesellschaften vermutlich auch. Noch Jahrzehnte nach der eigentlichen Explosion würden die Auswirkungen der Strahlung bei den Menschen Leid und Tod verursachen.

Im besten Fall eine Rückkehr in die Steinzeit.

Unsere Kollegen, die dreifachen Friedensnobelpreisträger des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, haben deutlich gemacht, dass die aus einem nuklearen Schlagabtausch resultierende Zerstörung verheerender wäre als alles, was wir je erlebt haben. Angemessene humanitäre Hilfe wäre nicht möglich. Das bestätigen auch die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, die erklärtermaßen ihre Mitarbeiter abziehen würden und auch niemanden in die betroffene Region entsenden könnten.

Während des Kalten Krieges machte die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einen umfassenden Atomkrieg schon beim Start einer einzigen Rakete zu einem sehr wahrscheinlichen Szenario. Heute leben wir in einer

Welt, in der die nukleare Bedrohung sich immer mehr ausweitet, und dass ein „begrenzter Schlagabtausch“ langfristig katastrophale Auswirkungen für Milliarden von Menschen haben wird, ist ebenso wahrscheinlich.

Leider müssen wir nicht auf Modelle zurückgreifen, um die langfristigen Folgen von Atomwaffen zu begreifen.

Der Vertrag über das Atomwaffenverbot wurde vor Kurzem auch von Kasachstan ratifiziert. 40 Jahre lang hatte die sowjetische Regierung das Land als Testgelände für atmosphärische und unterirdische Kernwaffentests benutzt. Die 456 Sprengköpfe, die in Semipalatinsk-21 im Laufe der Zeit gezündet wurden, haben Generationen von Kasachen Leid zugefügt.

In der betreffenden Region wird eines von 20 Kindern mit schweren Fehlbildungen geboren. Und jedes Mal, wenn der Wind zunimmt und über den „Atomsee“ weht, verschlechtert sich die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung.

Die meisten Testregionen für Atomversuche wurden nach rassistischen und kolonialistischen Kriterien ausgewählt – sei es nun Kasachstan, das Bikini-Atoll, Australien und die umliegenden Pazifikinseln oder Französisch-Polynesien und Algerien. Das Unrecht zeigt sich hier in der Form, dass Atomwaffen an indigenen Gemeinschaften und an ethnischen Gruppen getestet werden, die bei den herrschenden Mächten als minderwertig gelten. In Kasachstan wurde vielen Anwohnern befohlen, sich während der Explosion der Sprengköpfe im Freien aufzuhalten, und als sie später über Krankheiten, Fehlbildungen und sogar Todesfälle klagten, sagte man ihnen, daran seien ihre minderwertigen Gene schuld.

Für viele Schwarze, Indigene und People of Colour ist es keine neue Erfahrung, dass sie unter Strukturen der „Sicherheit und des Schutzes“ leiden oder sogar daran sterben.

Wem Gerechtigkeit am Herzen liegt, der muss gegen das Unrecht von Atomwaffen seine Stimme erheben.

Atomwaffen sind Instrumente der Ungleichheit und Werkzeuge eines unterdrückenden patriarchalen Systems. Die Waffen mögen in ihrer Wirkung unterschiedslos sein, aber ihre Folgen sind es nicht: Frauen und Mädchen bekommen die Auswirkungen von Atomtests und nuklearen Angriffen unverhältnismäßig stark zu spüren.

Studien zufolge hatten Frauen, die in Hiroshima und Nagasaki lebten und ionisierender Strahlung ausgesetzt waren, ein fast doppelt so hohes Risiko, Krebsgeschwülste aus festem Gewebe zu entwickeln und daran zu sterben. Außerdem sind Frauen einem erhöhten Risiko bei der Entbindung ausgesetzt; neben einer höheren Wahrscheinlichkeit von Totgeburten und körperlichen Fehlbildungen beim Neugeborenen ist auch die Sterblichkeit der Mütter selbst höher.

Belastbare Erhebungen zu den Auswirkungen von Strahlung deuten darauf hin, dass Kinder ein erhöhtes Risiko haben, infolge des radioaktiven Fallouts an Krebs zu

erkranken, und dass Mädchen ein signifikant höheres Risiko haben als Jungen, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken.

Dies sind nur die unmittelbaren Gefahren eines atomaren Angriffs für Frauen und Mädchen. Aus vergangenen und aktuellen Konflikten wissen wir, dass Frauen und Mädchen auch die weitere Last des Krieges und der Instabilität stärker tragen, da sie mit höherer Wahrscheinlichkeit Opfer von Ausbeutung und sexueller Gewalt werden – denn dies geht typischerweise mit Flucht, Vertreibung und dem Zusammenbruch von Institutionen einher.

Trotz alledem fehlen weibliche Stimmen bei Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit Atomwaffen nahezu komplett. Das reicht von der Forschung und Entwicklung über Entscheidungen zu Testgebieten und Einsatzszenarien bis hin zu den politischen und militärischen Entscheidungsträgern, die die Nutzung dieser Waffen bis heute für sich beanspruchen.

Außer der Tatsache, dass Frauen die negativen Folgen der Strahlung zu tragen haben und vom Gros der atomwaffenbezogenen Entscheidungsprozesse ausgeschlossen sind, lässt sich auch beobachten, dass Atomwaffen kulturell sehr stark mit Vorstellungen von Männlichkeit und Macht verbunden sind. In Debatten zum Thema Abrüstung wird dies besonders deutlich.

Als Barack Obama von einer Welt ohne Atomwaffen sprach, wurde ihm vorgeworfen, er wolle sein Land „kastrieren“, und den indischen Atomtest im Jahr 1998 kommentierte ein Politiker der hindu-nationalistischen Partei mit den Worten „Wir mussten beweisen, dass wir keine Eunuchen sind.“ Und vor wenigen Jahren twitterte Donald Trump, sein *nuclear button* sei größer als der des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un – der phallische Bezug ist offensichtlich.

In ihrem Artikel „The perils of mixing masculinity and missiles“ schreibt Carol Cohn 2017: „Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit spielen in der internationalen Politik, in Fragen der nationalen Sicherheit und im nuklearstrategischen Denken eine Rolle. Mit seinem zerbrechlichen Ego und seiner obsessiven Sorge um sein Image als Mann mag Herr Trump diese Dynamiken an die Oberfläche gebracht haben – vorhanden waren sie aber schon immer, wenn auch weniger krude und weniger grell.“

Ein ähnlich obsessives Muster zeigt sich bei Wladimir Putin, wenn er auf Fotos mit freiem Oberkörper posiert, während er „männlichen“ Aktivitäten wie dem Angeln oder Jagen nachgeht.

Als Aktivisten für Abrüstung und den Atomwaffensperrvertrag sind uns diese Kommunikationsmuster nur allzu vertraut. Dabei bekommen wir immer wieder zu hören, wir seien naiv und idealistisch; unsere politischen Gegner hingegen seien realistisch und verantwortungsbewusst.

Diese geschlechtsspezifische Sprache mit sexistischen Untertönen ist Teil einer Rhetorik, die darauf zielt, unsere Relevanz als Akteure kleinzureden und uns lächerlich zu machen.

Wem Gendergerechtigkeit ein Anliegen ist, der muss sich auch gegen Atomwaffen aussprechen.

Und auch wenn nie wieder eine Atombombe über einer Stadt detonieren sollte, stellen wir fest: Schon die Herstellung, Erprobung und Stationierung von Atomwaffen hat unerträgliche Auswirkungen, die für zahlreiche Menschen weltweit eine andauernde persönliche und kollektive Katastrophe darstellt. Bei den Bemühungen, Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen, muss deshalb auch dieser humanitäre Schaden berücksichtigt werden.

Hinzu kommt, dass die derzeitige Nuklearstrategie im Kern unmoralisch ist: Auf höchster Ebene geführte Debatte über Atomwaffen kreisen um sterile und abstrakte Begriffe wie „Abschreckung“ und „Stabilität“. Solche Wörter, oder gar Wortkonstrukte wie „gegenseitig garantierte Zerstörung“, dienen der Verharmlosung und sollen angesichts der Realität dessen, was diskutiert wird – nämlich der unterschiedslose Massenmord an der Zivilbevölkerung – unsere Sinne betäuben.

Es ist ein eklatanter Widerspruch, dass wir es niemals dulden würden, wenn ein Schurkenstaat damit drohte, Tausende von Zivilisten mit chemischen oder biologischen Waffen zu töten, gleichzeitig aber die reichsten und mächtigsten Demokratien der Welt routinemäßig und implizit – und neuerdings sogar explizit – damit drohen, Millionen von Menschen mit Atomwaffen zu vernichten und die Erde zu zerstören.

Abgesehen davon, dass solche Drohungen unmoralisch sind, führen sie auch dazu, dass bestehende Spannungen sich weiter verschärfen. Man kann fragilen Staaten schwerlich vorwerfen, dass sie nukleares Potenzial aufbauen wollen, wenn ihnen seit Jahrzehnten suggeriert wird, Atomwaffen seien ein probates Mittel, die Machtposition und die Sicherheit eines Staates zu stärken.

Oder, wie Papst Franziskus es in seiner Botschaft anlässlich unserer Konferenz zu den Vertragsverhandlungen formulierte: „Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie nachhaltig eine auf Angst gegründete Stabilität sein kann, insofern sie die Angst noch vergrößert und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Völkern untergräbt.“

Die einzige Atompolitik, die tatsächlich zu mehr Stabilität führt, ist zugleich die einzige humane, rationale und verantwortungsbewusste: das Verbot und die Beseitigung nuklearer Waffen.

### **Das rationale Argument**

Wir haben jetzt also die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen beleuchtet. Und trotzdem gibt es immer noch Pessimisten, die einerseits akzeptieren, dass eine Welt

ohne Atomwaffen die bessere Alternative und sogar notwendig ist, die andererseits aber behaupten, dieses Ziel sei unmöglich zu erreichen.

Bereits in der allerersten UN-Resolution aus dem Jahr 1946 wurde die Abschaffung von Atomwaffen gefordert. Winston Churchill schlug seinerzeit vor, die Vereinten Nationen mit der Kontrolle der weltweiten Bestände zu betrauen. Harry Truman – also der Mann, der den einzigen atomaren Angriff der Geschichte angeordnet hatte – sagte vor der Versammlung, Atomwaffen sollten durch internationale Abkommen eingeschränkt werden und dürften nicht in der Hand eines einzelnen Menschen liegen. Und viele der Forscher, die am Manhattan-Projekt mitgewirkt hatten, zählten zu den Initiatoren und Unterzeichnern der allerersten Petition, in der die Abschaffung der von ihnen selbst entwickelten Waffe gefordert wurde.

Im Laufe der vergangenen 75 Jahre haben Staats- und Regierungschefs immer wieder öffentlich erklärt, sie würden auf die Beseitigung von Atomwaffen hinarbeiten; zuletzt verpflichteten sich Präsident Obama und der russische Präsident Dmitri Medwedew explizit auf dieses noble Ziel, als sie den New-START-Vertrag unterzeichneten.

Wir werden nicht ewig mit Atomwaffen weiterleben, ohne dass sie zum Einsatz kommen und katastrophale Folgen haben.

Das Bulletin of Atomic Scientists, die Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie internationale Wissenschaftler aus Forschung und Lehre sagen *unisono*, dass wir heute einem Atomkrieg näher sind als jemals zuvor in der Geschichte. Wenn man an den Kalten Krieg zurückdenkt, dann mag diese Aussage schon seltsam klingen.

Tatsächlich aber gibt es mehr nuklear bewaffnete Staaten als je zuvor, und seit dem Ende des Kalten Krieges haben drei weitere Länder Atomwaffentests durchgeführt.

Und diese nuklear bewaffneten Staaten sind nicht nur in ein bipolares Kräftemessen verwickelt, wie seinerzeit während des Kalten Krieges, sondern zusätzlich auch in diverse regionale Konflikte – so beispielsweise die USA und Nordkorea, Indien und Pakistan, Indien und China, die USA und China oder auch die USA und Russland.

Aufgrund der enormen technologischen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben sich Kriegsführung und militärische Operationen verändert – vor allem in den Bereichen Cyber-Kriegsführung und künstliche Intelligenz. Diese Entwicklungen lassen die Grenzen zwischen verschiedenen Angriffsformen verschwimmen, beschleunigen das Kriegsgeschehen und erhöhen die Fehleranfälligkeit.

In ihrer Gesamtheit haben diese drei Faktoren dazu geführt, dass die gegenwärtige Lage extrem gefährlich, unberechenbar und unsicher ist.

Wenn Sie einen Mathematiker fragen, würde er Ihnen sagen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen immer größer als null ist.

Lediglich die Eintrittswahrscheinlichkeit variiert: Aufgrund zunehmender Konfliktgefahren ist die Wahrscheinlichkeit aktuell höher als im vergangenen Jahr, aber der Wert ist immer größer als null.

Das bedeutet: Wenn einfach nur ausreichend Zeit verstreicht, wird es *de facto* zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen.

All jenen, die uns vorwerfen, naiv und irrational zu sein, möchte ich folgende Frage stellen: Wenn wir alle wissen, dass wir entweder auf einen Einsatz von Atomwaffen oder auf ihre Beseitigung zusteuern, wer ist dann irrational?

Diejenigen, die die Abschaffung von Atomwaffen fordern, oder diejenigen, die es in Ordnung finden, Seite an Seite mit Atomwaffen zu leben?

Wir sind nicht naiv, und wir sind nicht irrational.

Wir weigern uns einfach nur, nichts zu tun, denn nichts zu tun bedeutet, den möglichen Einsatz von Atomwaffen hinzunehmen.

Der britische Philosoph Bertrand Russell machte dies sehr deutlich, als er seine Ablehnung von Atomwaffen wie folgt kommentierte:

„Es ist gut vorstellbar, dass jemand zehn Minuten lang sicher auf einem Drahtseil balancieren kann, aber es wäre abwegig anzunehmen, dass das 200 Jahre lang gut geht.“

Auf diesem Drahtseil balancieren wir nun schon 75 Jahre. Die Zeit läuft uns davon.

Und die Staats- und Regierungschefs dieser Welt, selbst die der atomar bewaffneten Staaten, wissen das. Sie sind sich einig: Ja, wir müssen an der Beseitigung von Atomwaffen arbeiten ... aber nein, es geht nicht.

Was mir an dieser Botschaft und allzu oft auch bei verschiedenen anderen Problemen auffällt, ist eine – absichtliche oder unabsichtliche – Verwechslung zwischen dem Unmöglichen und dem Unbequemen. Machthaber, die von einem Status quo profitieren, neigen dazu, Bemühungen um positive Veränderungen, um Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, als unmöglich darzustellen. Auf diese Weise sollen wir davon abgebracht werden, Veränderungen einzufordern.

Aber der Wandel ist bereits im Gange, ob sie es nun wollen oder nicht. Und vorangetrieben wird dieser Wandel nicht von den politischen Eliten, sondern von ganz normalen Menschen.

### **Das rechtliche Argument**

Der Vertrag über das Atomwaffenverbot wurde am 7. Juli 2017 von 122 Staaten am Sitz der Vereinten Nationen angenommen und wenige Monate später zur Unterschrift

freigegeben. Für diesen Vertrag haben wir den Friedensnobelpreis bekommen – ganz normale Menschen, die eine Idee und eine Vision hatten und beschlossen haben, sich dafür einzusetzen.

Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald 50 Staaten ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt haben, was unserer Erwartung nach sehr bald der Fall sein wird. Derzeit haben 47 Staaten diesen Vertrag ratifiziert, und bis zum Jahresende rechnen wir mit weiteren drei.

Das ist in der Tat eine große Errungenschaft: Atomwaffen werden völkerrechtlich verboten sein. Zusätzlich zum Verbot biologischer und chemischer Waffen stellt dieser Vertrag den letzten Teil des Verbots von Massenvernichtungswaffen dar.

Der Vertrag beruht im Wesentlichen auf dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechten. Zum humanitären Recht gehört auch der Grundsatz, dass den Methoden und Mitteln der Kriegsführung Grenzen gesetzt sind und dass diese von allen Parteien eines Konflikts zu beachten sind.

Der Unterscheidungsgrundsatz verpflichtet Staaten, kriegerische Angriffe auf Kombattanten zu beschränken und niemals auf Zivilisten zu zielen. Dieses völkerrechtliche Grundprinzip hat seinen Ursprung in der Sankt Petersburger Erklärung von 1868, und wenn dies auf uns heute antiquiert wirkt, so ist eben dieser Umstand schockierend.

Damals hatte Russland ein Geschoss entwickelt, das bei Kontakt mit weichen Substanzen explodiert. Die russische Regierung hielt die Waffe jedoch für so gefährlich und menschenverachtend, dass sie davon absah, sie in Konflikten einzusetzen, und stattdessen erreichte, dass andere Staaten den Einsatz einer solchen Waffe qua Erklärung ebenfalls ablehnten.

Schon in den Anfängen des Kriegsrechts zeigt sich also ein Bestreben, die Verursachung überflüssiger Verletzungen oder unnötigen Leids zu unterbinden, die natürliche Umwelt zu schützen und eine gewisse Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten.

Die UN-Charta selbst verlangt von den Staaten nicht nur, die Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates zu unterlassen, sondern auch die Androhung derartiger Gewalt.

Ich könnte Ihnen jetzt diverse Verträge und Bestimmungen oder internationale, innerstaatliche und militärische Rechtsvorschriften aufzählen, die mit der Erprobung und dem Einsatz von Atomwaffen unvereinbar sind. Der Vertrag über das Atomwaffenverbot konstatiert diese Unvereinbarkeit nicht nur explizit für Kernwaffen, sondern definiert auch den Besitz und die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen als völkerrechtswidrige Handlung.

Mir ist bewusst, dass wir uns an einem Punkt der Geschichte befinden, der für das Völkerrecht und die internationale Zusammenarbeit sicherlich keine Sternstunde

darstellt. Aber dies ist nicht die erste schwierige Phase, die wir durchmachen, und eines ist klar: Vertragliche Lösungen funktionieren. Sicherlich nicht perfekt, aber sie funktionieren – auch wenn es Zeit braucht.

Der Atomwaffensperrvertrag und die Strategie der ICAN knüpfen an die erfolgreiche Realisierung mehrerer früherer Verträge an: der Verträge zum Verbot von chemischen Waffen, von biologischen Waffen, von Landminen und Streumunition.

Dieser Vertrag ist Teil unseres umfassenden Bestrebens, die Arbeit von Menschen wie Willy Brandt fortzuführen und mit dem Instrument des Völkerrechts normative Veränderungen voranzutreiben, die Spielregeln zu ändern und Verhaltensweisen zu ändern.

Aus der Geschichte wissen wir, dass die Ächtung bestimmter Waffentypen stets der erste Schritt auf dem Weg zu ihrer Beseitigung war.

Waffen, die in internationalen Abkommen geächtet werden, gelten zunehmend als illegitim und verlieren nach und nach ihren politischen Status – selbst dann, wenn einige der Staaten, die solche Waffen besitzen, das Abkommen gar nicht unterzeichnen.

Für Rüstungsunternehmen wird es schwieriger, die für die Produktion von illegitimen Waffen notwendigen Mittel aufzutreiben – abgesehen davon, dass es mit einem erheblichen Reputationsrisiko verbunden ist. Banken, Pensionsfonds und andere Finanzdienstleister verlagern ihre Investitionen zunehmend auf andere Hersteller.

Auch Universitäten, die an der Produktion solcher Waffen beteiligt sind, müssen mit einem erheblichen Imageschaden rechnen – so auch die knapp 50 US-Universitäten, die an der Forschung und Entwicklung von US-amerikanischen Nuklearwaffen beteiligt sind. Die meisten von ihnen tun dies weitgehend hinter verschlossenen Türen und im Widerspruch zu ihren offiziellen Mission Statements.

Diese normative Verschiebung ist im internationalen Recht von großer Bedeutung. Natürlich sollten wir immer versuchen, unsere Werte und Grundsätze in wasserdichten Verträgen und nationalen Gesetzen zu verankern. Aber Verträge, in denen sich das öffentliche Gewissen und die Prinzipien der Humanität artikulieren, haben weltweit eine normative Wirkung – auch auf Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben. Je mehr Staaten den Vertrag unterzeichnen, desto stärker wird dieser Effekt und desto strikter werden die Vorgaben im Zusammenhang mit der Atomwaffenproduktion.

Vor Inkrafttreten des Vertrags zum Verbot von Landminen beispielsweise haben etwa 34 Staaten Landminen exportiert. Seit Inkrafttreten des Vertrags wurden keine Landminenexporte mehr verzeichnet, und nur sehr wenige Nichtvertragsstaaten haben seit dem Verbot Landminen oder Streumunition eingesetzt. 2014 kündigten die USA, selbst ein Nichtvertragsstaat, an, dass sie außerhalb der koreanischen Halbinsel keine Landminen mehr einsetzen würden und auch keine anderen Staaten unterstützen,

ermutigen oder veranlassen würden, außerhalb Koreas Antipersonenminen einzusetzen, zu lagern, herzustellen oder zu exportieren.

Zwar haben sich die USA noch immer nicht der Mehrheit der Staaten angeschlossen, die das Streumunitionsverbot unterzeichnet haben. Trotzdem haben sie seit dem Inkrafttreten nur ein einziges Mal Streumunition eingesetzt, und zwar 2009 bei einem isolierten Angriff im Jemen. 2016 beschlossen die USA, den Export von Streumunition nach Saudi-Arabien einzustellen, und seit November 2016 findet sich kein US-Hersteller mehr, der solche Waffen überhaupt produziert. So gab etwa der Textron-Konzern in einer offiziellen Börsenmeldung an, er würde künftig keine Streumunition mehr herstellen, da dies schlecht für das Geschäft sei.

Das demnächst anstehende Inkrafttreten des Vertrags bedeutet keinesfalls das Ende unserer Bemühungen – sondern bildet vielmehr einen neuen Ausgangspunkt. Denn damit erhalten wir eine rechtliche Grundlage für die Realisierung der nuklearen Abrüstung.

Der Vertrag wird die Welt nicht über Nacht verändern, aber er wird maßgeblich dazu beitragen, dass Atomwaffen weltweit nicht mehr als „notwendiges Übel“, sondern zunehmend als „inakzeptabel und illegal“ gelten.

Denn genau darum geht es. Es geht darum, unser System demokratischer und gerechter zu machen – und so für mehr Frieden zu sorgen.

### **Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden**

Wir dürfen die zerstörerische Kraft dieser Waffen niemals unterschätzen. Schon eine einzige sogenannte Low-Yield-Waffe vermag es, Zehntausende von Menschenleben auszulöschen und Land und Wasser über Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte, zu verseuchen.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass es „nur“ Waffen sind: von Menschen hergestellte Objekte, die wir nachhaltig abschaffen können. Atomwaffen sind zwar sofort einsatzbereit, aber sie sind weder selbstgesteuert noch autonom. Sie sind keine Hexerei. Ihre Existenz ist nicht unvermeidlich.

Der Computercode für diese Waffen wird von Menschen programmiert, und die Bestandteile werden von Firmen wie Lockheed Martin, General Dynamics, Airbus und Boeing gebaut, die von diversen Banken, Pensions- und Investmentfonds finanziert werden.

Die Forschungsarbeit dazu wird von Institutionen wie der University of California, dem Massachusetts Institute of Technology, der Stanford University und anderen US-amerikanischen Hochschulen geleistet.

Der Befehl, einen nuklearen Angriff zu führen, wird von unseren Regierungen erteilt, und in der Mehrheit der nuklear bewaffneten Staaten sind diese demokratisch gewählt.

Vor allem aber: Deutschland und andere Länder unterstützen nuklear bewaffnete Staaten und helfen ihnen dabei, ihr Atomwaffenarsenal aufrechtzuerhalten. Deutschlands Bekenntnis zu nuklearer Abrüstung bleibt nur ein Lippenbekenntnis, es sei denn, Deutschland weigert sich, an der Drohung eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen auch zum Schaden der eigenen Bevölkerung mitschuldig zu sein.

Atomwaffen entscheiden nicht. Es sind ganz normale Menschen, die Tag für Tag entscheiden, ob sie den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen unterstützen oder ob sie sich weigern. Wir selbst entscheiden, ob die Existenz dieser Waffen weiterhin ermöglicht oder ob es den Atomwaffen schwerer gemacht wird, die Menschheit auch in Zukunft zu bedrohen. Es ist eine einfache Entscheidung, die wir Tag für Tag treffen.

Bei ICAN sehen wir es als unsere Mission, die demokratischen Systeme zur Abrüstung zu bewegen.

Atomwaffen und die von uns geschaffenen Strukturen sind ihrem Wesen nach autoritär. Mit ihrem Einsatz verraten wir die Menschheit, mit ihrer Weiterentwicklung verraten wir die Vernunft, und mit ihrer vorsorglichen Lagerung verraten wir die Demokratie.

Zu den Problemen unserer Zeit zählen eine globale Gesundheitskrise, die Klimakatastrophe, aufflammender Rassismus und grassierende Fremdenfeindlichkeit, explodierende Ungleichheit, Nahrungsmittelknappheit, ein neuer rechter Autoritarismus, Sexismus und der andauernde Einsatz chemischer Waffen unter Verletzung internationaler Vertragsverpflichtungen und Normen – und diese Liste ließe sich fortsetzen. Für all diese Probleme bedarf es großer Kraftanstrengungen und neuer Akteure, die sich gemeinsam für Gerechtigkeit stark machen. Die Androhung einer Massentötung durch nukleare Angriffe gerät gefährlicherweise nur zu oft aus dem Blickfeld und wird sogar als Problem der Vergangenheit abgetan – bis es plötzlich an die Oberfläche kommt und buchstäblich zu explodieren droht.

Anstatt die Atomwaffenproblematik jedoch nur als eine weitere Katastrophe am Horizont zu behandeln, müssen wir die Interdependenz der genannten Probleme sehen. Denn eines ist ihnen gemeinsam: Menschen in Machtpositionen schützen den Status quo auf Kosten der Sicherheit und des Schutzes aller.

Der große Mythos des Atomwaffenzeitalters lag in dem Glauben, wir hätten angesichts der Bedrohung durch Atomwaffen keine Macht und keinen Einfluss. In dem Glauben, das Schwierige sei unmöglich und Sicherheit müsse auf Angst beruhen. Es wurde uns eingeredet, wir könnten unsere Humanität bewahren und gleichzeitig anderen Staaten, die gegen uns sind, mit Massenmord drohen – oder gar mit Völkermord, wie es einige militärische Verbündete schon auf Twitter angekündigt haben. Dieser Status quo ist irrational, unmenschlich und unzumutbar.

Wir müssen gegen Atomwaffen aufbegehren. Wir müssen eine auf Angst und glücklichen Zufällen beruhende Vorstellung von Sicherheit ablehnen. Wir müssen eine Weltordnung ablehnen, die durch Drohungen mit Massentötung und Umweltzerstörung aufrechterhalten wird.

In seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises sagte Willy Brandt 1971: „Unter der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit ist die Koexistenz zur Frage der Existenz überhaupt geworden. Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zur einzigen Chance zu überleben.“

Genau das ist der Grund, warum wir uns zu humanitärem Recht, zu Rationalität und zu einer gerechten, auf Zusammenarbeit beruhenden Weltordnung bekennen müssen. Nicht aus vermeintlicher Naivität, sondern weil wir wissen, was das Friedensnobelpreis-Komitee weiß, seit Alfred Nobel sein Testament schrieb: dass nämlich die Koexistenz – in Form von Verhandlungen, Multilateralismus, Friedensabkommen und globaler Zusammenarbeit – der einzige Weg zum Frieden ist.

Aus diesem Grund zeigt uns das Nobelpreis-Komitee Jahr für Jahr, wie wir die Welt zu einem besseren Ort machen können. So wurde Willy Brandt ausgezeichnet, weil er dafür gesorgt hat, dass die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. So wurden die Vereinten Nationen und ihre diversen Institutionen, die Europäische Union, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und, in der vergangenen Woche, das Welternährungsprogramm ausgezeichnet. Und deshalb wurden unterschiedslos wirkende Waffen wie Landminen und chemische Waffen verboten. In demselben Geist wurde auch die Arbeit von ICAN für ein Verbot von Atomwaffen ausgezeichnet.

Der Weg vor uns ist klar. Und wir sind bereit, ihn zu gehen – um die Welt sicherer und besser zu machen.

Vielen Dank.